

3**81**

Union in Deutschland

Bonn, den 29. Januar 1981

Es wird nicht mehr regiert

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl sind die Schwierigkeiten und Widersprüche zwischen den beiden Partnern der Bonner Regierungskoalition und innerhalb von SPD und FDP nicht mehr zu übersehen, erklärte Helmut Kohl vor dem Bundesvorstand in Bonn am 26. Januar 1981 in seinem Bericht über die politische Lage. Wichtige Probleme bleiben ungelöst und bedrohen immer mehr die Zukunft unseres Landes.

Der Wille zum Machterhalt ist die einzige Klammer, durch die die Koalitionspartner zusammengehalten werden. Es wird nicht mehr regiert, sondern allenfalls schlecht verwaltet. Ohne Zweifel nimmt von Tag zu Tag die Anzahl derjenigen Bürger zu, die erkennen, daß die SPD/FDP-Koalition nicht mehr in der Lage ist, Deutschland in eine gesicherte Zukunft zu führen. Symptomatisch hierfür ist die Diskussion über die Nachfolge Helmut Schmidts, die mit dem Tag seiner Regierungserklärung begann.

Dies zeigt auch ganz deutlich die Entwicklung in Berlin. Innerhalb weniger Tage bekundeten Hunderttausende Berliner, daß sie nur in Neuwahlen eine Lösung der verfahrenen Situation sehen. Sozialdemokraten wie Liberale haben offensichtlich Angst vor der Wählerentscheidung. Mit dem neu-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ SPD/FDP

Chaotische Energiepolitik —
führungslose Koalition Seite 2
Hin und Her bei der FDP Seite 3
SPD-Linke sabotiert Sicherheit Seite 3

■ BUNDESPARTEI

Tagesordnung des Bundes-
parteitages in Mannheim /
Erklärung von Generalsekretär
Heiner Geißler Seite 4/5

■ BAFÖG

Chaos bei der Darlehensrück-
zahlung Seite 6

■ KREBSBERICHT

Die größten Mängel liegen im
Bereich der Krebsforschung Seite 7

■ WEHRPFLICHT

SPD wagt keinen zweiten Anlauf
Seite 12

■ PARTEITAG HESSEN

Die Union kämpft wieder mit
dem Wind im Rücken Seite 13

■ MEDIEN

Sechs-Punkte-Programm soll
Verzögerungstaktik der SPD
überwinden Seite 15

■ DOKUMENTATION

Die Arbeit der Union im Bundes-
rat grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

en Berliner Senat soll der Versuch unternommen werden, die Wahlen hinauszuzögern. Trotz der Mißwirtschaft, die SPD und FDP jahrelang betrieben haben, sind sie jetzt nicht bereit, sich dem Votum der Wähler zu stellen.

Doch die Berliner wollen jetzt Neuwahlen, weil die amtierende SPD/FDP-Koalition Berlin nur noch weiter in den Ruin treibt. Die Berliner CDU kann sich auf die Unterstützung der gesamten Bundespartei verlassen bei dem Bestreben, so bald wie möglich Neuwahlen zu erzwingen. Nur ein neues Wählervotum kann eine neue, sichere und verlässliche Politik für Berlin garantieren. Unser besonderer Dank gilt Richard von Weizsäcker und den Berliner Freunden für ihren bewiesenen Einsatz.

Welche Folgen die Regierungsunfähigkeit der Koalition für den Bürger hat, zeigen die folgeschweren Versäumnisse in der Energiepolitik. Verunsichert durch Parteitagsbeschlüsse von SPD und FDP, hat es die Bundesregierung nicht geschafft, für unser Land eine zukunftssichernde Energiepolitik durchzusetzen.

Der daraus unseren Mitbürgern erwachsene wirtschaftliche und soziale Schaden ist schwer zu ermessen. Die Unsicherheit über die künftige Energiepolitik besteht fort, weil nach wie vor weite Teile von SPD und FDP nicht bereit sind, die Absichtserklärungen der Bundesregierung mitzutragen. Jüngstes Beispiel dafür gab die FDP auf ihrem Sonderparteitag am Wochenende in Holm bei Kiel. Angesichts dieser prekären Lage ist es unverständlich und unverantwortlich, daß der Bundeskanzler nicht daran denkt, am Parteitag seiner Hamburger Landespartei teilzunehmen, obwohl dieser Parteitag wichtige Be-

schlüsse über die Energiepolitik faßt. Damit weicht Schmidt in einer schicksalhaften Situation dieser zentralen Frage aus.

Erschreckend sind die Prognosen für den Arbeitsmarkt und die Inflation. Die Zahl der Arbeitslosen hat die Millionen-grenze mittlerweile bei weitem überschritten. Im Dezember 1980 war mit 15,5 Prozent ein Rekordanstieg zu verzeichnen. Gleichzeitig erweist sich die Scheinalternative höhere Inflation oder höhere Arbeitslosigkeit immer mehr als Irrtum. Jüngsten Informationen zufolge wird die Inflationsrate weiterhin ansteigen.

Die drohende Verbindung von sechs Prozent Inflation und sechs Prozent Arbeitslosigkeit schwächt die Leistungskraft unserer Wirtschaft und das Vertrauen unserer Mitbürger in die Führungskraft der Bundesregierung.

Chaotische Energiepolitik — führungslose Koalition

Die SPD ist in der Frage der künftigen Nutzung der Kernenergie handlungsunfähig, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Phillip Jenninger, zu dem Ergebnis einer Konferenz von mehr als einem Dutzend Spitzenpolitikern der SPD aus Bund und Ländern am 26. Januar 1981 beim Bundeskanzler.

Die Konferenz hat sich dafür ausgesprochen, daß die Zukunft Brokdorfs und überhaupt die Zukunft der Kernenergie „regional zu entscheiden“ sei. Für die Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen sei „die jeweilige Landesregierung zuständig“. Im übrigen gehe es um Lösungen „auf möglichst breiter Basis“.

Das läßt nur einen Schluß zu: Die SPD will vollends zu einer „regionalen Interessenpartei“ werden, die ihrem jeweiligen Publikum — sei es im Bund, in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen, in Hamburg oder anderswo — jeweils das servieren möchte, was regional gerade wählerwirksam und innerparteilich machbar erscheint.

Bundeskanzler Schmidt — daran kann es jetzt keinen Zweifel mehr geben — hat auf dem lebenswichtigen Feld der künftigen Energiesicherung jeden Anspruch auf politische Führung aufgegeben.

Hin und Her bei der FDP

Die FDP Schleswig-Holstein hat auf einem einzigen Parteitag am Wochenende mit wechselnden Mehrheiten für und gegen den Weiterbau des Kernkraftwerks Brokdorf votiert.

Der zur Hälfte in Befürworter und Gegner der atomaren Technologie gesplante Parteitag sprach sich zunächst mit 100 zu 99 Delegierten für einen Leitantrag des Landesvorstandes zugunsten der Verwirklichung des Projekts aus. Nach einer langwierigen Debatte zur Geschäftsordnung wurde ein Änderungsantrag des Kreisverbandes Neumünster mit 97 zu 95 Stimmen bei zwei Enthaltungen und drei ungültigen Stimmen angenommen. Darin hieß es einschränkend, die FDP werde sich einem Weiterbau des Kernkraftwerks nicht widersetzen, „wenn vorher eine Grundsatzentscheidung über die Endlagerung mit oder ohne Wiederaufarbeitung getroffen wird und dann konkrete Schritte zur Realisierung eingeleitet werden“. Das bedeutet praktisch einen Aufschub des Projektes Brokdorf um mehrere Jahre.

Schlagzeilen am 27. Januar 1981

SPD in schwerster Zerreißprobe
Bild

Hat die SPD das Regieren satt?
Express, Köln

Die SPD im Streit mit sich selbst:

Kernenergie, Sicherheit, Mitbestimmung
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Der gesplante Schmidt
Kölner Stadt-Anzeiger

Konflikt-Kanzler
Rheinische Post

Kanzler in Deckung
Die Welt

Kopf im Sand
Stuttgarter Nachrichten

Zögern und Zaudern
Frankfurter Neue Presse

SPD-Linke sabotiert Sicherheit

Der Antrag der Gruppe linker SPD-Abgeordneter, den deutschen Verteidigungsbeitrag zu kürzen, ist weit mehr als eine der vielen parteipolitischen Auseinandersetzungen und Flügelkämpfe in der SPD, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Manfred Wörner. Er ist ein unverhüllter Angriff auf den Lebensnerv der Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger.

Dieser Antrag zeigt: Der Kanzler hat in existentiellen Fragen der nationalen Verteidigung in der Regierungskoalition keine Mehrheit mehr. Der Schaden für die Glaubwürdigkeit unserer Bündnispolitik bei Freund und Feind ist unabsehbar.

TAGESORDNUNG

**des 29. Bundesparteitages am 9./10. März 1981
Mannheim, Saalbau Rosengarten**

- Tagesordnungspunkt 1: Eröffnung
- Tagesordnungspunkt 2: Wahl des Tagungspräsidiums
- Tagesordnungspunkt 3: Beschlußfassung über Tagesordnung
- Tagesordnungspunkt 4: Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
- Tagesordnungspunkt 5: Wahl der Stimmzählkommission
- Tagesordnungspunkt 6: Grußworte
- Tagesordnungspunkt 7: Bericht des Parteivorsitzenden
- Tagesordnungspunkt 8: Bericht des Generalsekretärs
- Tagesordnungspunkt 9: Bericht des Bundesschatzmeisters
- Tagesordnungspunkt 10: Bericht der Rechnungsprüfer
- Tagesordnungspunkt 11: Aussprache zu den Berichten
- Tagesordnungspunkt 12: Entlastung des Vorstandes
- Tagesordnungspunkt 13: Bericht der Mandatsprüfungskommission
- Tagesordnungspunkt 14: Wahl des Bundesvorstandes
 - 14.1 Wahl des Parteivorsitzenden
 - 14.2 Wahl des Generalsekretärs
 - 14.3 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
 - 14.4 Wahl des Bundesschatzmeisters
 - 14.5 Wahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes
- Tagesordnungspunkt 15: Wohnungsbaupolitik
- Tagesordnungspunkt 16: Antrag des Bundesvorstandes
Arbeitsprogramm: „Aufgaben der 80er Jahre“
- Tagesordnungspunkt 17: Sonstige Anträge
- Tagesordnungspunkt 18: Schlußwort des Parteivorsitzenden

Die Rüstungsanstrengungen des Warschauer Pakts gehen ungebremst weiter. Die sowjetische Überlegenheit wächst gerade auch in Mitteleuropa. Wer angesichts dieser Lage den deutschen Verteidigungsbeitrag um eine Milliarde kürzen will, gefährdet ganz direkt die politische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ja sogar den Frieden.

Bundeskanzler Schmidt und vielen anderen Führern der Sozialdemokratie ist es anzulasten, wenn das Bewußtsein der sowjetischen Bedrohung und der Notwendigkeit der Verteidigung gerade auch in der SPD immer mehr verkümmert. Auch Herbert Wehner erntet nun die Frucht seiner jahrelangen Verniedlichung der sowjetischen Rüstungsanstrengungen.

■ BUNDESPARTEI

Zwei Bundesparteitage 1981

Die CDU wird in diesem Jahr zwei Bundesparteitage abhalten. Der 29. Bundesparteitag findet am 9./10. März 1981 in Mannheim statt, der 30. Bundesparteitag im Herbst, wahrscheinlich vom 3. bis 5. November 1981 in Hamburg. Dies erklärte Heiner Geißler nach der Sitzung des Bundesvorstandes vor der Presse in Bonn.

Der Bundesvorstand hat auf dieser Sitzung den Inhalt eines Arbeitsprogrammes für die vorrangigen Aufgaben der CDU in den nächsten beiden Jahren beschlossen; es wird nach redaktioneller Überarbeitung durch das Präsidium am 9. Februar 1981 als Antrag an den Bundesparteitag gehen. Der Bundesvorstand fordert die Gliederungen der Partei auf, durch eigene Anträge zu einer ergebnisoffenen und kontroversen Diskussion beizutragen.

Das Arbeitsprogramm hat folgende Schwerpunkte:

Soziale Marktwirtschaft bei veränderten Bedingungen, vor allem

- a) Stärkung der Wirtschaftskraft und Wiederherstellung der Vollbeschäftigung;
- b) Verwirklichung der Grundsätze der Gleichberechtigung, der Partnerschaft und der Wahlfreiheit von Mann und Frau in Familie und Beruf;
- c) Vereinbarkeit von wirtschaftlichem Wachstum und technischer Entwicklung mit dem Schutz unserer natürlichen und sozialen Umwelt.

Mitverantwortung für die Völker anderer Kontinente.

Neue Initiativen zur Schaffung des Europäischen Bundesstaates.

Verbesserung der Zukunftschancen der Jugend, u. a. Fragen der Bildungspolitik.

Auf dem Mannheimer Bundesparteitag sollen zu diesen Themen keine Entscheidungen in der Sache getroffen werden, sondern die Diskussion dient insbesondere dem Ziel, festzulegen, welche Themen Vorrang haben. Ähnlich ist 1977 auf dem Düsseldorfer Bundesparteitag verfahren worden; aufgrund der damaligen Beschlüsse und Aufträge wurden dann u. a. die Programme für Familienpolitik und Renten sowie das energiepolitische Konzept ausgearbeitet, diskutiert und beschlossen.

Als eigenes Sachthema wird der Mannheimer Bundesparteitag die Probleme der Wohnungsbaupolitik wegen der besonderen aktuellen Dringlichkeit diskutieren und aufgrund einer Vorlage der von Ministerpräsident Lothar Späth geleiteten Kommission, die noch im Präsidium beraten wird, einen Beschluß fassen.

Die Delegierten werden außerdem die Neuwahl der politischen Führung der CDU vornehmen. Der Vorsitzende, seine Stellvertreter, der Schatzmeister und die anderen Mitglieder des Bundesvorstandes werden satzungsgemäß für zwei Jahre, der Generalsekretär für vier Jahre gewählt.

■ BAFÖG

Chaos bei der Darlehensrückzahlung

Die Opposition hat die Bundesregierung im Deutschen Bundestag dafür verantwortlich gemacht, daß die Rückforderung von ca. 3 Milliarden DM Darlehen für Studenten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) faktisch zusammengebrochen sei.

Bei der Debatte warf die Unionsabgeordnete Michaela Geiger Bundesinnenminister Baum vor, er habe durch Untätigkeit das Chaos bei dem ihm unterstellten Bundesverwaltungsamt, das mit der Rückforderung der Darlehen beauftragt ist, vergrößert. Nach Feststellungen des Bundesrechnungshofes sei die Bearbeitung von 70 000 Rückforderungsfällen eingestellt worden.

Michaela Geiger stellte u. a. fest: Bei der Beratung des vorliegenden Berichtes der Bundesregierung zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) stehen wir vor einer grotesken Situation. Die Bundesregierung bescheinigt dem Bundesrechnungshof als Bundesbeauftragtem für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, daß er weder rechnen noch logisch denken könne. Die Hauptergebnisse des Gutachtens wurden im Bericht der Bundesregierung in einer Weise heruntergemacht, daß sich der Bundesbeauftragte für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu einer eigenen Stellungnahme genötigt sah. Daraufhin warf die Bundesregierung dem

Bundesrechnungshof u. a. nicht nachvollziehbare Annahmen, wiederholte methodische Fehler, unrichtige Unterstellungen und unberechtigte Kritik vor.

Über die Kosten des Darlehenseinzuges und der Darlehensverwaltung kommen die Bundesregierung und der Bundesrechnungshof zu völlig anderen Ergebnissen. Die Rechnungsprüfer setzen z. B. den realen Rückflußwert der Darlehen auf 20 bis 30 Prozent fest, während ihn die Bundesregierung auf 30 bis 40 Prozent taxiert.

Skandalös ist dies, weil die Praxis der Darlehenstilgung nach dem BAFÖG in schlimmer Weise zu wünschen übrig läßt und zu unerträglichen Mängeln geführt hat.

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort vom 30. September 1980 auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zugegeben, daß beim Vollzug des Gesetzes erhebliche Schwierigkeiten bestehen. Wir haben kein Verständnis dafür, wenn sich die Bundesregierung trotz der chaotischen Zustände im Bundesverwaltungsamt mit der nichtssagenden Floskel aus der Affäre zu ziehen versucht, die zuständigen Bundesminister hätten „ihre vorgeschriebene Verantwortlichkeit wahrgenommen“.

Da muß man fragen: Wer ist denn nun dafür verantwortlich, daß der ordnungsgemäße Gesetzesvollzug bei der Darlehensverwaltung im Bundesverwaltungsamt faktisch zusammengebrochen ist? Wer trägt die Verantwortung dafür, daß zum Schaden des Staates und des Steuerzahlers mindestens 70 000 Leistungsbescheide zur Darlehensrückzahlung nicht ergangen sind?

■ KREBSBERICHT

Die größten Mängel liegen im Bereich der Krebsforschung

Der Krebsbericht der Bundesregierung ist eine traurige Bestandsaufnahme, stellte MdB Hanna Neumeister bei der Debatte im Deutschen Bundestag fest. Mehr noch als dieser Bericht zeigt allerdings die Bestandsaufnahme der Krebsforschung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) die Lücken und Mängel bei der Behandlung der Krebsproblematik in der Bundesrepublik auf.

Die größten Mängel liegen im Forschungsbereich. Drei Ministerien — Forschung, Arbeit und Gesundheit — beteiligen sich an der Krebsforschung, lassen es aber an der notwendigen Abstimmung fehlen. Dieser Mißstand hat dazu geführt, daß einzelne Aktivitäten durchgeführt werden, die weder ausgereift noch rechtlich in der geplanten Form als zulässig angesehen werden können.

So läßt zum Beispiel das mit der Vorbereitung der Förderung von multizentrischen, prospektiven Therapiestudien beauftragte Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit, Schloß Reisingburg, eine ausreichende Besetzung mit medizinischen Fachkräften vermissen, was zu einer recht zufallsbedingten Berücksichtigung von Anträgen bestimmter Therapieformen führt.

Das Krebsforschungszentrum wiederum, das in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Forschung und

Technologie fällt, leidet unter chronischer Lähmung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit infolge eines Übermaßes an Organisation und einer als chaotisch zu bezeichnenden Verwaltung.

Diese mangelnde Kooperation der vorhandenen Institution ist Grund für das Fehlen einer optimalen Abstimmung der wichtigsten Forschungsförderungseinrichtung auf dem Gebiet der Krebsforschung und verhindert den gezielten Einsatz der vorhandenen, keineswegs unbegrenzten Finanzmittel. Eine sinnvolle Kooperation wäre aber nur durch ein Gremium möglich, das nicht der Starrheit von Bürokratien unterliegt, sondern getragen wird von der wissenschaftlichen und persönlichen Autorität seiner Mitglieder, wie im Antrag der CDU/CSU-Fraktion vorgesehen.

Weiterhin muß das Fehlen einer zufriedenstellenden Epidemiologie bemängelt werden; sie allein ist in der Lage, die als Basisinformation wichtigen Morbiditätsstatistiken zu liefern, die in der Bundesrepublik nur in sehr ungenügender Form vorhanden sind. Die einzige Möglichkeit zur Ermittlung der Krankheitshäufigkeit aber liefern regionale Krebsregister, von denen in der Bundesrepublik Deutschland nicht einmal fünf Prozent der Bevölkerung erfaßt werden (in Hamburg und Saarbrücken).

Bereits 1976 forderte die CDU/CSU-Fraktion ein weiteres Flächenregister, um so die notwendige Erfassungsquote

von zehn bis fünfzehn Prozent zu erreichen. Bisher geschah noch nichts, vermutlich aber infolge der behindernden Wirkung des Bundesdatenschutzgesetzes. Man mußte sogar juristische Überbrückungsmaßnahmen treffen, um die vorhandenen Register nicht bereits wieder schließen zu müssen.

Auch im Bereich der gesundheitlichen Aufklärung fehlt es immer noch an effektiven Maßnahmen — zum Beispiel durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung —, auf die Schädlichkeit des Rauchens hinzuweisen und Entwöhnungskurse anzubieten. Schließlich nahm der Staat im Jahre 1979 allein 10,7 Milliarden Mark an Tabaksteuer ein; seine Ausgaben für die Warnung vor den möglichen Folgen des Rauchens aber betrugen nicht einmal ein Prozent dieser Summe.

Selbst in der Therapie der Krebserkrankungen klaffen noch heftige Lücken. So läßt nach Aussage der DFG das Fehlen von etwa 550 Strahlentherapeuten in der Bundesrepublik Deutschland eine angemessene Patientenversorgung nicht mehr zu.

Ebenso wird die Rolle der psychischen Faktoren bei Krebserkrankungen in der Bundesrepublik Deutschland unterschätzt. Und dabei tritt — ähnlich wie beim Herzinfarkt — der psychosoziale Zusammenhang auch dieser zweitgrößten modernen Seuche in unser Gesichtsfeld.

Für die weiteren Beratungen bleibt zu hoffen, daß durch eine gründliche Diskussion des Krebsberichtes in den Ausschüssen Wege aufgezeigt werden, wie ein „Gesamtprogramm der Krebsbekämpfung“ und Mobilisierung aller Kräfte, Nutzung des vorhandenen Wissens und mit einem Mindestmaß an ministerieller Bürokratie durchgeführt werden kann.

Neukonstituierung der Bundesfachausschüsse

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 26. 1. 1981 beschlossen, folgende Bundesfachausschüsse für die laufende Legislaturperiode einzusetzen:

1. Bundesfachausschuß **Innenpolitik**
2. Bundesfachausschuß **Sport**
3. Bundesfachausschuß **Kulturpolitik**
4. Bundesfachausschuß **Jugendpolitik**
5. Bundesarbeitskreis **Christlich-DEMOKRATISCHER JURISTEN**
6. Bundesfachausschuß **Wirtschaftspolitik**
7. Bundesfachausschuß **Agrarpolitik**
8. Bundesfachausschuß **Städte- und Wohnungsbau**
9. Bundesfachausschuß **Verkehrspolitik**
10. Bundesfachausschuß **Energie und Umwelt**
11. Bundesfachausschuß **Sozialpolitik**
12. Bundesfachausschuß **Familienpolitik**
13. Bundesfachausschuß **Gesundheitspolitik**
14. Bundesfachausschuß **Außenpolitik**
15. Bundesfachausschuß **Entwicklungspolitik**
16. Bundesfachausschuß **Sicherheitspolitik (Verteidigung)**

Nach § 3 der BFAO werden die Landesverbände und Bundesvereinigungen vom Generalsekretär aufgefordert, Vorschläge für die Berufung der Bundesfachausschuß-Mitglieder zu unterbreiten. Die Berufung selbst erfolgt durch den Generalsekretär.

■ INFORMATION / KOALITION

Arbeitslosigkeit gefährdet Renten

Zu neuesten Meldungen der Bundesanstalt für Arbeit, die Arbeitslosenzahlen könnten in diesem Jahre auf bis zu 2 Millionen steigen, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Franke: Die Folge wären Mehrbelastungen des Bundes durch zusätzliche Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit, durch zusätzliche Kosten bei der Anschluß-Arbeitslosenhilfe, die vom Bund zu zahlen ist, so daß letztlich der Bund, wie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon seit längerem befürchtet, in einer Größenordnung von etwa 10 Milliarden DM belastet wäre, statt um die ca. 7 Milliarden DM, die im Entwurf des Bundeshaushaltes für 1981 angesetzt sind.

In Mitleidenschaft gezogen würde auch die gesetzliche Rentenversicherung, die mit einer halben Milliarde DM Einnahmeausfälle für 1981 belastet wäre.

Katastrophale Perspektiven zeichnen sich für 1982 ab, weil dem Bund dann nicht mehr wie in diesem Jahr der Rückgriff auf Mittel der Rentenversicherung durch Kürzung der Bundeszuschüsse in einer Größenordnung von 3,5 Milliarden DM möglich ist.

Frauen entschieden Wahl

Erstmals haben bei der Bundestagswahl mehr Frauen (43,9 Prozent) als Männer (42,1 Prozent) SPD gewählt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stimmten 34 Prozent der

Männer und 33,5 Prozent der Frauen für die CDU, jeweils 10,2 Prozent Männer und Frauen für CSU und 10,5 Prozent der Männer und 10,8 Prozent der Frauen für die FDP. Damit gaben die Frauen für die Gewinne von SPD und FDP sowie für die Verluste der CDU/CSU den Ausschlag.

Vernünftige Schulpolitik

Hanna-Renate Laurien (CDU), die neue Präsidentin der Kultusministerkonferenz, erwartet, daß sich die Bundesländer in der Sitzung im Mai über die gegenseitige Anerkennung der Schulabschlüsse verständigen. Frau Laurien begründete diese Hoffnung damit, daß sich in beiden politischen Lagern die Vernünftigen durchsetzen würden, und daß bei einem Scheitern der Einigungsbemühungen eine starke „gegenerische Stellung“ der gesamten Bevölkerung zu befürchten sei.

Keine Zwangsfinanzierung mehr für Lehrlingsausbildung

Mit der Verabschiedung des Entwurfs eines „Berufsbildungsgesetzes“ im Bundeskabinett habe die SPD/FDP-Regierung die unumgängliche Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gezogen, das das Ausbildungsplatzförderungsgesetz der Koalition für verfassungswidrig erklärt habe, erklärten der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Anton Pfeifer, und die Parlamentarische Geschäftsführerin, Dorothee Wilms.

Die Bundesregierung hat nunmehr dem Drängen der CDU/CSU nachgegeben, indem sie das neue Berufsbildungsförderungsgesetz ohne die Regelung einer Finanzierungsumlage vorgesehen hat. Diese Zwangsfinanzierung hatte oh-

nehin die Betriebe, die gute Ausbildungsplätze in großer Anzahl für viele Jugendliche bereitstellen, verunsichert und verärgert.

Es ist zu hoffen, daß sich die Bundesregierung während des Gesetzgebungsverfahrens in diesem Punkt auch zu ihrem Gesetzentwurf bekennt und nicht vor jenen Kräften in SPD, FDP und Gewerkschaften in die Knie geht, die mit neuen Zwangsfinanzierungsmodellen die ausbildenden Betriebe in ihrer Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit beschränken wollen.

Apel bläst zum Rückzug

Das Verteidigungsministerium bestätigt jetzt, daß es zwar kein direktes Verbot öffentlicher Rekrutengelöhne gebe, der Verteidigungsminister habe jedoch Kommandeure der Bundeswehr aufgefordert, von solchen Veranstaltungen zunächst einmal abzusehen. Hierzu erklärte Willi Weiskirch, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages:

Die Krawalle der versammelten Linken beginnen also Früchte zu tragen. Waren sich die Parteien nach den Exzessen in Bremen, in Hamburg, in Hannover und Bonn noch einig, daß man sich von radikalen Minderheiten nicht das Gesetz des Handelns aufzwingen lassen dürfe, bläst nun der Verteidigungsminister höchstpersönlich zum Rückzug. Er setzt zugleich den von ihm angeregten Denkprozeß über Stil und Traditionsformen in den Streitkräften unter Druck und gibt ihm die falschen Akzente.

SPD und FDP täuschen die Öffentlichkeit

Die Reform des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JHG-Entwurf) ist nach wie vor eine

aktuelle politische Forderung. In der Regierungserklärung fiel darüber kein Wort. Weder der Kanzler noch der Finanzminister wissen bisher, wie dieses Gesetz finanziert werden soll. Wie vor einigen Wochen die SPD, so hat jetzt auch die FDP angekündigt, den gescheiterten Gesetzentwurf unverändert einzubringen.

Hierzu erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Jugend, Familie und Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kroll-Schlüter: Damit geben die Koalitionsparteien zu erkennen, daß ihnen nicht an einer Reform gelegen ist. Wer ein bereits abgelehntes Gesetz unverändert und ohne Unterstützung der Regierung einbringt, täuscht die junge Generation. Ein neues Jugendhilfegesetz hat nur dann eine Chance, wenn die vorliegenden sachlichen Verbesserungsvorschläge endlich in den Entwurf eingearbeitet werden.

Bürger lasten SPD Rückgang an

Viele Bürger lasten den derzeitigen Konjunkturerbruch vornehmlich der SPD als dem großen Partner der Bonner Koalition an. Diese Erfahrung machen zur Zeit die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in Hessen, wenn sie als Wahlkämpfer für die bevorstehende Kommunalwahl am 22. März mit Bürgern an Informationsständen, bei kommunalpolitischen Frühschoppen, bei Hausbesuchen oder im Anschluß an Versammlungen diskutieren.

So mancher SPD-Bürgermeister wird von Rathausbesuchern zunächst mit dem speziellen Anliegen und dann mit dem Satz konfrontiert: „Eure Bonner Genossen sind schuld, wenn es abwärts geht.“

Schwäbische Zeitung, 22. Januar 1981

Veränderungen bei der Hamburger CDU

Hartmut Perschau, bisher Hamburger CDU-Landesgeschäftsführer und stellvertretender Oppositionschef, ist zum neuen Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft gewählt worden. Perschau tritt an die Stelle des bisherigen Oppositionschefs Jürgen Echternach, der zugunsten seines im Herbst errungenen Bundestagsmandats auf seinen Sitz im Hamburger Rathaus verzichtet hat. Echternach bleibt jedoch weiterhin Vorsitzender der Landes-CDU, die er seit 1974 leitet.

Ohne Forschung und Leistung keine Zukunft für die Jugend

Im überfüllten größten Hörsaal der Universität Münster diskutierte Helmut Kohl auf Einladung des RCDS vor mehr als 1300 Studenten über aktuelle außen- und innenpolitische Fragen, besonders über die Zukunftschancen der jungen Generation. Helmut Kohl setzte damit den Dialog fort, den er regelmäßig mit den Studenten an den deutschen Hochschulen führt.

Kohl betonte, daß die Forschungspolitik Priorität erhalten müsse und warnte gleichermaßen vor blinder Fortschrittsgläubigkeit wie Fortschrittsfeindlichkeit. Ohne Forschung und Technologie sei weder die Bewahrung der natürlichen Umwelt noch die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität möglich. Wer der jungen Generation einrede, es sei möglich, bei immer weniger Leistung, immer weniger Arbeit immer mehr Freiheit in immer besseren Lebensverhältnissen zu leben, meine es nicht ehrlich mit der Jugend. Zu Recht könne die junge Generation aber eine

Begründung nach dem Sinn und den Inhalten der Leistungsanforderungen verlangen, die derzeit in manchen Schulen und Hochschulen von ihr verlangt werden.

Von der Sau zum Sparschwein

„Wir Landwirte schlagen zurück, wenn man uns erst moralisch zur Sau und dann fiskalisch zum Sparschwein machen will.“ Diesen Ausspruch tat Constantin Freiherr Heereman von Zuydtyck, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, auf einer Veranstaltung seiner Organisation in Ibbenbüren.

Der Kanzler eckt mit runden Formen an

Der Sparkanzler nimmt es mit dem Sparen selbst nicht zu genau. Ein krasses Beispiel seiner nur schwach gezügelten Ausgabenlust ist der beabsichtigte Ankauf eines bisher als Leihgabe vor seinem Amt stehenden überdimensionalen Henry-Moore-Objekts für 650 000 Mark.

Als das geschwungene Gebilde im September 1979 nach Bonn geholt wurde, schloß das Kanzleramt mit dem Künstler eine rechtsverbindliche Kaufoption ab. Die Existenz dieses Vorvertrages wurde aber dem Parlament verschwiegen. Im kommenden September läuft die Option ab, und darum versucht der Kanzler, der mit dem 81jährigen Künstler befreundet ist, trotz der angespannten Haushaltslage den Ankauf durchzusetzen.

Die Opposition im Haushaltsausschuß ist nicht bereit, den Handstreich mitzumachen, MdB Reinhard Metz (CDU): „Außerdem besteht kaum Gefahr, daß einen Tag nach Verfall der Option das Objekt abgeholt wird.“

■ WEHRPFLICHT

SPD wagt keinen zweiten Anlauf

Nachdem die Linken in der Regierungskoalition am Ende der achten Legislaturperiode eine Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes zu Fall gebracht haben, getrauen sich SPD und FDP offenbar nicht, einen zweiten Anlauf zu riskieren, stellte der Obmann der Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß, MdB Willi Weiskirch, fest.

Er wäre nach Lage der Dinge wohl auch zum Scheitern verurteilt, denn die vereinigten Koalitions-Linken wollen sich nur auf eine einzige Lösung einlassen: die Wahlfreiheit zwischen Wehrdienst und zivilem Ersatzdienst.

Nun ist von einer SPD-Gruppe der Versuch unternommen worden, sozusagen mit einem Trick aus dem Dilemma herauszukommen. Der Trick besteht in der Anregung, die Beweislast von den potentiellen Wehrdienstverweigerern auf den Staat abzuwälzen. Fortan sollen danach nicht mehr die Antragsteller begründen müssen, daß sie Wehrdienstverweigerer im Sinne des Grundgesetzes Artikel 4 Absatz 3 sind, sondern der Staat soll, umgekehrt, den Nachweis erbringen, daß bestimmte Antragsteller die Grundgesetz-Anforderung nicht erfüllen — sprich: den Wehrdienst nicht aus Gewissensnot, sondern aus allen möglichen anderen Gründen verweigern wollen.

Das mag wie eine bloße Akzentverschiebung klingen, läuft jedoch letztlich auf die von bestimmten Kräften mit Sy-

stem betriebene Aushöhlung der Wehrpflicht hinaus. Weil so etwas die — noch — bestimmenden Kräfte in den Koalitionsparteien sowenig zulassen wollen wie die CDU/CSU-Opposition, wird die Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes derzeit von den Bonner Verantwortlichen als Tabu behandelt; denn mit mehr als sechzig linken Neinsagern im eigenen Lager kann die SPD-FDP-Koalition ein von allen Fraktionen als überfällig betrachtetes neues Gesetz nur mit Hilfe der Unionsparteien zustande bringen. Voraussetzung dafür wäre aber eine Einigung über die immer noch strittigen Fragen nach dem Anerkennungsverfahren (mündlich oder schriftlich?) und der Dauer des zivilen Ersatzdienstes für anerkannte Wehrdienstverweigerer.

Nach einer Meldung des Evangelischen Pressedienstes soll es in der SPD-Fraktion Abgeordnete geben, die eine Übereinkunft mit der Opposition auf der Basis einer im Karlsruher Urteil vom 1978 enthaltenen Anregung finden möchten. Das Bundesverfassungsgericht hatte in diesem Urteil ein mündliches Anhörungsverfahren dann für überflüssig erklärt, wenn die Schwelle für Verweigerer so hoch gezogen werde, daß sie mit größter Wahrscheinlichkeit nur von Leuten in Gewissensnot überschritten werde. Karlsruhe war der Meinung, eine Ersatzdienstzeit von 24 Monaten werde hinreichen, um solchermaßen die Spreu vom Weizen zu scheiden.

Ob die epd-Meldung nun stimmt oder nicht: SPD und FDP müssen sich in jedem Falle etwas einfallen lassen, um aus der Kriegsdienstverweigerungs-Misere herauszukommen.

■ PARTEITAG HESSEN

Die Union kämpft wieder mit dem Wind im Rücken

Gut gerüstet und mit berechtigtem Optimismus geht die hessische CDU in die bevorstehende Kommunalwahl am 22. März 1981. Auf dem 53. Landesparteitag in Frankfurt wurde ein von der KPV erarbeitetes und von der Jungen Union ange-reichertes, umfangreiches Kom-munalprogramm nach zweistündiger Diskussion einstimmig verab-schiedet.

Mit diesem Programm hat die Union ein gutes Instrumentarium, um sich als stärkste Kommunalpartei zu behaupten. Es geht nicht nur darum, daß in Frankfurt, Wiesbaden und Offenbach weiterhin überzeugende Sacharbeit von CDU-Bürgermeistern geleistet werden kann, sondern es geht auch darum, daß die Union als politisches Gegengewicht weiter ihren Einfluß behält. Niemand kann wünschen, daß ein politischer Einheitsanstrich von der Bundeshauptstadt bis ins kleinste hessische Dorf herrscht, stellte Alfred Dregger fest.

Vor den 430 Delegierten erklärte der hessische Landesvorsitzende, seit dem 5. Oktober 1980 sei der Nebel zerrissen, der die politische Wirklichkeit lange verhüllt habe. Im Hinblick auf den desolaten Zustand von SPD und FDP stellte Alfred Dregger fest: Jetzt beginnt das Ende, das sich noch eine Weile hinziehen kann, aber nicht mehr aufzuhalten ist. Jetzt wird auf nahezu allen Feldern sichtbar, was die sozialdemokratische

Politik der 70er Jahre wirklich war: eine Politik der Inkompetenz in der Energie- und Finanzpolitik, eine Politik der ideologischen Besessenheit in der Bildungspolitik, eine Politik der Blindheit und des Leichtsinns in der Sicherheitspolitik.

Auf die hessische Situation anspielend und auf die Niederlagen, die Ministerpräsident Börner von den eigenen Genossen auf den SPD-Parteitag erlidet, meinte Alfred Dregger: „Regierungsmitglieder, die das als richtig Erkannte in der eigenen Partei oder in ihrer Koalition nicht durchsetzen können, sind fehl am Platze und sollten abtreten.“

Als Beispiele nannte Dregger: die Widersprüche von SPD und FDP um die geplante Erweiterung des Frankfurter Flughafens, die Ausweisung einer Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennelemente, die Verzögerung beim Weiterbau des Kernkraftwerkes Biblis C, die Standortplanung für weitere Kraftwerke sowie die Sanierung des Staats-haushaltes.

Nichts geht mehr in Hessen, weil die SPD ohne Führung sei, weil die Partei und ihr Vorsitzender im ständigen Clinch miteinander liegen und weil Börner nicht nur als Parteivorsitzender, sondern auch als Ministerpräsident handlungsunfähig geworden sei.

Als absurden Witz bezeichnete Alfred Dregger die Äußerung des hessischen

Finanzministers Reitz (FDP), bei ihm gebe es keine Nordrhein-Westfalen-Situation mit einem unausgeglichene Haushalt. Im Hinblick auf die nachträgliche Erhöhung der Kreditaufnahme von ca. 300 Millionen DM stellte Alfred Dregger fest: „Selbst der liederlichste Lebemann könnte in ähnlicher Weise auf seine Bonität verweisen, wenn er seine Finanzlöcher stets mit neuen Schulden stopfen könnte!“

Auf die Situation der Union eingehend sagte Dregger: „Die 80er Jahre werden unsere Jahre sein, wenn wir uns nicht in der Opposition häuslich einrichten, wenn wir unserer Linie im Grundsatz treu bleiben, wenn wir die politischen Mißstände deutlich und für alle sichtbar anprangern und unsern Gegenkurs zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung machen. Die hessische CDU als stärkste politische Kraft des Landes habe die ihr vor vier Jahren vom Bürger übertragene Chance zum verantwortlichen Gestalten in Hessens Gemeinden sachkundig und erfolgreich genutzt.“

Die Mehrheit müsse die Union vor allem bei der jüngeren Generation suchen (Generalsekretär Kanther: „Das Verhalten der Jungwähler ist für die Union bisher sehr unbefriedigend.“) Deshalb soll den Berufsschülern und den Oberklassen der Gymnasien stärker als bisher kommunalpolitische Information vermittelt werden.

Im Wahlkampf der hessischen CDU steht die örtliche Politik und das örtliche Programm im Mittelpunkt. Es wird durch das von den Delegierten verabschiedete Kommunalprogramm ergänzt, aber nicht ersetzt. Darüber hinaus ist die hessische Kommunalwahl auch dazu geeignet, SPD und FDP in Bonn und Wiesbaden einen Denkkzettel zu verpassen, weil man den Wählern nicht ungestraft vor der Wahl große Versprechun-

gen machen darf und sie nach der Wahl nicht einhält.

Viel Beifall gab es für Alfred Dregger als er die Parteifreunde aufrief, an die Arbeit zu gehen. Einen gesunden Listenkandidaten, der keine Zettel und Plakate verteile, der keine Hausbesuche mache, der keinen Stand auf dem Marktplatz betreue, bezeichnete Dregger als Fehlbesetzung. Die Union brauche in erster Linie Arbeiter, die durch ihr persönliches Verhalten kritische und wache Bürger für die Sache der Union neu gewinnen. Dann — so Alfred Dregger — wird dieses Jahrzehnt uns gehören.

Stürmisch begrüßter Gastredner des Parteitages war der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht. Er lobte den Fleiß der Delegierten auf ihrem Programmparteitag und rief ihnen optimistisch zu: „Der 5. Oktober liegt weiter hinter uns. Wir kämpfen wieder mit dem Wind im Rücken!“ Die Bundesrepublik steht nach Auffassung des niedersächsischen Regierungschefs vor der schwersten wirtschaftlichen Belastung seit dem Korea-Krieg.

Vor der Wahl habe Helmut Schmidt den Bürgern wieder einmal nicht die Wahrheit gesagt. Heute sei die Bundesregierung finanziell am Ende. Statt Steuerensenkungen gebe es Steuererhöhungen — statt die Energiekrise zu lösen, sei die Regierung handlungsunfähig, statt mehr Leistung gebe es laufend mehr Defizite, „in zwei Jahren ist Helmut Schmidt soweit, daß er mit der Mütze in der Hand um Devisen betteln muß!“

In seiner Begrüßungsrede hatte Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann die Union zu verantwortlicher Politik aufgerufen. Dazu gehöre auch, sich mit Bürgerinitiativen auseinanderzusetzen, ohne daß man dabei auf Anpassungskurs gehen müsse.

■ MEDIENPOLITIK

Sechs-Punkte-Programm soll Verzögerungstaktik überwinden

Nach dem Willen der Union soll 1981 ein Jahr des medienpolitischen Durchbruchs werden: Das Sondergutachten der Monopolkommission über das Postmonopol, die abschließende Vorbereitung der Pilotprojekte und der Abschlußbericht der Expertenkommission „Neue Medien“ in Baden-Württemberg fordern schnelle Antworten der Medienpolitik.

Dazu erklärte MdB Schwarz-Schilling in Bonn nach einer Sitzung der Medienkommission in Bonn: SPD und FDP sollten umgehend folgende sechs Punkte zur Grundlage medienpolitischer Entscheidungen in Bund und Ländern machen.

1. Der Verkabelungsstopp des Bundeskanzlers vom 26. September 1979 muß aufgehoben werden: Forschung und Wirtschaft brauchen schnelle Entscheidungen, um die notwendige technische und wirtschaftliche Infrastruktur zu schaffen. Dies gilt insbesondere für die Datenübermittlung in der gewerblichen Wirtschaft.

2. Das Fernmeldeanlagen-gesetz muß liberalisiert werden. Nur so kann die Grundlage geschaffen werden, überfällige Innovationen in der mittelständischen und Großindustrie durchzuführen. Die Bundesrepublik darf nicht zu einer unterentwickelten Medieninsel werden.

3. Grenzüberschreitende Fernseh- und Hörfunkprogramme dürfen nicht behindert werden. Völkerrecht und Verfassung verbieten jede Einschränkung des freien Flusses von Meinung und Information über Grenzen hinweg. Deshalb sollten Bundesregierung und Sozialisten im Europäischen Parlament umgehend alle Versuche einstellen, den „freien Fluß von Informationen“ in Europa zu behindern. Statt dessen fordert die Union ein klares Bekenntnis zum freien Dialog unter den Völkern.

4. Kabelpilotprojekte in den Ländern sollen umgehend begonnen und durch Bund und Länder gefördert werden. Nur so können aussagekräftige Ergebnisse der Versuche für die Medienlandschaft der Zukunft erwartet werden.

5. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß in Teilen reformiert und ein neuer Ethos des Journalismus begründet werden. Nicht Parteibuch, sondern Fähigkeit und Leistung müssen entscheidend sein, wer in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ein Amt erhält.

6. Die Rundfunkkompetenz liegt bei den Ländern. Aus diesem Grund lehnt die Union die von der SPD geforderte Einrichtung einer Enquête-Kommission des Bundestages ab. Es muß verhindert werden, daß über diese Kommission die Hinhalte- und Verzögerungstaktik der SPD in der Medienpolitik noch unterstützt wird.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÖHR BEZAHLT

ZITAT

Schwarzer Peter

Das Berliner Leck ist gerade provisorisch gestopft, da kommt neues Unwetter auf die SPD und ihre Führung zu. Der Konflikt um die Kernenergie, auf dem Berliner Parteitag im Dezember 1979 nur notdürftig gekittet, droht über Brokdorf erneut auszubrechen.

Die Lage ist chaotisch: Da lehnt die schleswig-holsteinische SPD den Weiterbau in Brokdorf ab, während der Hamburger Landesvorstand für Brokdorf plädiert. Da ficht der Bürgermeister der Hansestadt, Klose, gegen das Kraftwerk und erwartet vom Landesparteitag, daß dieser seinen Vorstand auf Vordermann bringt. Da droht der Kieler Oppositionsführer Matthiesen bei Weiterbau mit Rücktritt, während man vom Bundeskanzler weiß, daß er generell den Bau weiterer Kernkraftwerke für notwendig hält und speziell gegen Brokdorf kaum etwas einzuwenden hat.

Und trotz dieser verworrenen Lage konnte sich die Kanzlerrunde gestern nur zu einer

müden Erklärung aufraffen, die alles offen läßt. Den Schwarzen Peter an die Norddeutschen zurückgegeben zu haben, muß von vielen Bonner Parteipraktikern als geschickter Schachzug gewertet werden; die Flucht aus der Verantwortung offenbart für die Öffentlichkeit jedoch eine kaum noch zu übersehende Handlungsfähigkeit der SPD-Spitze in Sachen Kernenergie. Ein Kanzler, dem zu Brokdorf (öffentlich) nichts einfällt, läuft Gefahr, mit seinem Energieprogramm nicht mehr ernstgenommen zu werden.

Vor die Wahl gestellt, seine norddeutschen Parteifreunde zu verprellen oder den Spielraum für die Atomenergie weiter einzuengen und damit das Energieprogramm weiter auszuweiten, tat der Kanzler weder das eine noch das andere. Das mag fürs erste reichen, um die Genossen an Elbe und Ostsee zu beruhigen. Zudem richtet die Rückgabe der Verantwortung in Brokdorf zunächst kaum Schaden an, denn dort haben Politik wie Justiz für den Weiterbau grünes Licht gegeben. Auf Dauer aber wird der Mann, der die Richtlinien der Politik bestimmt, die Energiepolitik nicht Landesparlamenten oder Rathäusern überlassen können.

Ruhr-Nachrichten, 27. Januar 1981

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD